

**Analyse der aktuellen Flüchtlingskrise in Deutschland
und Europa und die Entwicklung eines kommunalen
Flüchtlingskonzepts am Beispiel der Stadt Dormagen
unter politischen, ökonomischen und soziologischen
Gesichtspunkten**

vorgelegt vom

**Zusatzkurs Sozialwissenschaften (ZK SoWi), Stufe 13,
der Bertha-von-Suttner Gesamtschule Nievenheim**

Nievenheim, Dezember 2015

Inhalt/Zusammensetzung der Arbeitsgruppen

Seite

Vorwort

Lisa Hasselwander

04

1. Flüchtlinge in Dormagen: "Status Quo" 06

Annalena Gatzen, Christina Lemmer, Tabea Rippahn, Anna Maria Spielvogel

2. Fallbeispiel Dormagen: "Kosten" für Unterbringung, Betreuung, Hilfsangebote 07

2.1 Bar- und Sachleistungen 08

2.2 Einsatz von Coupons 08

2.3 Vorschläge/Empfehlungen für ein Kostenkonzept 09

2.4 Zusätzliche Mitarbeiter 10

2.5 Sprachförderung 11

2.6 Zusätzliche Materialausstattung 11

2.7 Freizeitgestaltung 11

2.8 Unterkünfte: Lebensbedingungen/Möbelierung 11

2.9 Hygiene/Kleidung 12

2.10 Arztkosten/Nutzung öffentlicher Nahverkehr 12

2.11 Förderung einer schnelleren Integration 12

2.12 Soziale Transferleistungen 13

2.13 Zusammenfassung 13

Maren Appelt, Annalena Gatzen, Tabea Heinritz, Ronja Oltersdorf, Katharina Quehl, Lena Schönell

3. Interview des Kurses mit dem Bürgermeister der Stadt Dormagen, Herr Lierenfeld (Auszüge) 14

Larissa Schnell, Lisa Hasselwander

4. Asylrecht 17

4.1	Erläuterung Artikel 16 GG	18	
4.2	Asylrechtsänderungen		19
	<i>Benno Beisler, Dominik Bransch, Johanna Hain, Frederick Wenzel</i>		
5.	Bundesregierung, Bundesparteien,	20	
5.1	Bundesparteien	20	
5.2	Parteien in Dormagen	24	
5.3	AFD	24	
5.4	SPD	25	
5.5	CDU	26	
5.6	Grüne/Bündnis 90	27	
5.7	Die Linke	28	
5.8	Zusammenfassung	28	
	<i>Jasmin Hammoud, Celina Panknin, Jessica Sandt</i>		
6.	Europäische Kooperationsbemühungen	29	
	Asylrecht in Europa		
6.1	Flüchtlingsfrage: EU-Recht	30	
6.2	Mögliche Lösungsansätze für Europäischen Union	31	
	<i>Julia Klein, Lucas Riedel, Larissa Schnell, Maria Wenn Steinbart</i>		
7.	Medienbeobachtung/Monitoring		33
7.1	Flüchtlingskrise: Debatte in den sozialen Medien	33	
7.2	Update zu den Pariser Anschlägen	36	
	<i>Julia Klein, Adrian Tontsch</i>		
8.	Vorläufiges Fazit zur Flüchtlingskrise/-problematik	37	
	<i>Larissa Schnell</i>		
9.	Titelseite/Layout	39	
	Erläuterungen zur Gestaltung des Titelblatts		
	<i>Tabea Rippbahn</i>		
	Anhänge	40	
	Einladung an den Bürgermeister der Stadt Dormagen, Herr Lierenfeld (<i>Entwurf</i>) Annalena Gatzert		
	Musterbrief an Unternehmen		
	<i>Maren Appelt, Tabea Heinritz, Ronja Oltersdorf, Katharina Quehl, Lena Schönell</i>		
	Vorwort		

Kein Tag, an dem wir nicht mit Bildern und Schlagzeilen zur aktuellen Flüchtlingskrise in Syrien, Deutschland und Europa konfrontiert werden. Sinkende Flüchtlingsboote im Mittelmeer, ertrunkene Flüchtlinge an griechischen Stränden, Flüchtlingskolonnen, die sich auf dem Landwege nach Westeuropa durchschlagen und sich dabei auch nicht von neu erbauten Grenzzäunen aufhalten lassen, Politiker, die händeringend und oftmals verzweifelt nach Lösungen suchen, eine ungeheuer große Hilfsbereitschaft der Deutschen, aber auch große Ängste vor dem Fremden: all dies bestimmt die aktuellen Diskussionen in Deutschland und Europa.

In dieser wissenschaftlichen Arbeit sollten Ansätze zur Entwicklung eines kommunalen Flüchtlingskonzepts am Beispiel der Stadt Dormagen unter Berücksichtigung politischer, wissenschaftlicher und soziologischer Aspekte entwickelt werden.

Der sozialwissenschaftliche Zusatzkurs der Stufe 13 der Bertha-von-Suttner Gesamtschule hat sich aufgrund der aktuellen und brennenden Flüchtlingsproblematik und den daraus erwachsenen Herausforderungen für viele Städte und Gemeinden in Deutschland entschlossen, die Flüchtlingsproblematik, Flüchtlingspolitik und Flüchtlingskonzepte zu analysieren und Denkanstöße zu liefern, die bei der Lösung des komplexen und vielschichtigen Problems helfen könnten.

Um so mehr haben wir uns gefreut, dass der Bürgermeister der Stadt Dormagen, Herr Erik Lierenfeld, unserer Einladung zu einem Gespräch mit dem Kurs gefolgt ist und Rede und Antwort gestanden hat, wie die Stadt Dormagen auf die große Herausforderung reagiert, bzw. bislang reagiert hat. "Politik trifft Schule", selten wurde diese immer wieder gestellte Forderung so Eins zu Eins umgesetzt.

Als Zusatzkurs sind wir hinsichtlich der Wahl der Unterrichtsthemen unabhängiger vom Lehrplan und wollen deshalb die Chance nutzen, den Blick der jüngeren Generation auf diese große nationale Herausforderung darzustellen und unser Grundverständnis zu vielen kommunalen Problemen, die sich aus der Flüchtlingskrise aus ökonomischer, soziologischer und politischer Sicht ergeben, darzulegen.

Dazu haben wir uns hauptsächlich auf die kommunale Situation in Dormagen bezogen, haben aber auch Informationen zur Lage der Flüchtlingspolitik aus anderen Teilen Deutschland und Europas genutzt, um so den Umfang der Problematik und die Größe der Aufgabe widerzuspiegeln.

So befasste sich eine Arbeitsgruppe (AG) mit Recherchen zu der Status Quo-Analyse in Dormagen, sich die Situation in den Flüchtlingsunterkünften angeschaut und dabei auch persönliche Erfahrungsberichte mit aufgenommen und dabei ein Hauptaugenmerk auf die Kostenfrage gelegt. Auch wurden Möglichkeiten eruiert, wie die durch die Flüchtlingskrise entstehenden Kosten

-4-

abgedeckt werden könnten, sei es durch private Eigeninitiativen oder durch direkte Ansprache von hiesigen Unternehmen.

Eine zweite AG hat sich das im Grundgesetz verfasste geltende Asylrecht

angeschaut, die dazugehörigen Verfahren im Zusammenhang mit der Beantragung von Asyl untersucht und bewertet und die aktuellen politischen Bestrebungen hinsichtlich möglicher Asylrechtsänderungen dokumentiert.

In einer dritten AG wurde die Positionen der Bundesregierung und der deutschen Parteien analysiert und das Ringen um die richtigen Wege dokumentiert. Ausgehend von den Fragen, wie unsere gewählten Volksvertreter auf die Problematik reagieren, ob sie zu einem nationalen Konsens kommen, das Problem als nationale Aufgabe definieren, die nur in einem breiten Parteienkonsens zu lösen ist. Ein zentraler Schwerpunkt dieser AG war es auch, die Positionen der Dormagener Parteien herauszuarbeiten.

Ein vierte AG beschäftigte sich mit den rechtlichen Grundlagen innerhalb der Europäischen Union und dabei die Haltung der involvierten europäischen Staaten untersucht.

Eine fünfte AG untersuchte und bewertete, wie das Flüchtlingsthema in den Medien und hier besonders in den sozialen Netzwerken diskutiert wird.

Grundsätzlich hat die Arbeit an diesem Konzept gezeigt, dass das Thema "Flüchtlingskrise" auch an Schulen angekommen ist. In unserem Zusatzkurs Sozialwissenschaften hat sich im Laufe der Arbeit an dem Konzept herausgestellt, wie wichtig es sein wird, in dieser aktuellen Krise schlüssige Konzepte zu entwickeln, und zwar auf der Basis von Informationen, Wissen und Verständnis für die aktuelle Situation.

Lisa Hasselwander

1. Flüchtlinge in Dormagen: „Status Quo“

Wie gehen wir mit den Flüchtlingen um? Die wahrscheinlich wichtigste Frage die wir uns bei der bestehenden Flüchtlingssituation stellen sollten. Wir haben es nämlich mit Menschen zu tun deren Grundrechte es zu wahren gilt.

Dormagen ist bei dem Flüchtlingsstrom mit gutem Beispiel voran gegangen. Am Montag den 27. Juli 2015 hat die Stadt innerhalb von 8 Stunden eine Flüchtlingsnotunterkunft für rund 150 Menschen in der Turnhalle der Realschule am Sportpark errichtet. Die Turnhalle ist mit Feldbetten, sowie einem Aufenthaltszelt und einem Zelt für medizinische Untersuchungen im Außenbereich ausgestattet. Außerdem haben ehrenamtliche Helfer eine provisorische Kleiderkammer in einem der Klassenräume eingerichtet, wo täglich Kleiderspenden abgegeben werden können. Vor Ort werden die Sachen dann sortiert und an die bedürftigen Flüchtlinge verteilt.

Als zweite Notunterkunft dient zusätzlich das ehemalige Bayer Wohnheim C29 an der Ecke der Straßen „An der Römerziegelei“ und „Am Wäldchen“, in der Nähe der Römer-Therme. Die Stadt setzte sich mit Covestro in Kontakt um über die Anmietung des Gebäudes zu verhandeln. Nach einer erfolgreichen Zusammenkunft begannen die Arbeiten an dem seit acht Jahren leerstehenden Gebäude. Die 100 Appartements die sich in dem Hochhaus befinden sind zum Teil noch möbliert, was die Ausstattung erheblich vereinfacht. Da die Wasserversorgung für das Hochhaus abgeklemmt und einige der Leitungen nicht mehr intakt waren, mussten mehrere Instandhaltungsmaßnahmen ergriffen werden, sowie der Brandschutz sichergestellt werden.

Nach der Umwandlung des Wohnheimes in eine Flüchtlingsunterkunft erklärte die Stadt, dass sie das Gebäude bei neuen Entwicklungen des Chemparks sofort räumen würde, wenn dies nötig wäre.

Insgesamt befinden sich zurzeit ungefähr 830 Flüchtlinge in Dormagen, die auf die Unterkünfte verteilt sind, 350 in beiden Notunterkünften. Die meisten von ihnen sind nach der Ankunft schon registriert und werden auf reguläre Unterkünfte verteilt um in den Notunterkünften Platz für neue Flüchtlinge zu schaffen. Bei 450 der

800 Flüchtlingen läuft bereits das Asylverfahren, so ein Beamter der

Pressestelle der Stadt Dormagen.

Für die Zukunft überlegt die Stadt eine zentrale Unterbringungsmöglichkeit für die Flüchtlinge am Wahler Berg bei St. Peter zu errichten. Diese Unterkunft soll 500 – 800 Flüchtlinge beherbergen können. Wie diese Unterkunft aussehen soll ist jedoch noch nicht sicher.

Von Zelten möchte die Stadt jedoch absehen, da dies keine langfristige Lösung sei. Außerdem sind in naher Zukunft Gespräche mit den Dormagener Wohnungsgesellschaften geplant. Bei diesen Gesprächen möchte die Stadt über freie Wohnungen verhandeln und diese wenn möglich für die Flüchtlinge anmieten. Außerdem sollen leerstehende Gewerbeobjekte zur Unterbringung geprüft werden. Hierbei steht allerdings die Kostenfrage eines Umbaus im Fokus.

Bei diesen Verhandlungen und Überlegungen über neue Unterkünfte steht die Stadt jedoch unter hohem Druck, denn im ersten Quartal des Jahres 2016 wird die Zahl der Flüchtlinge in Dormagen wahrscheinlich auf 1200 wachsen und im weiteren Verlauf wird eine Zahl von 1500 erwartet.

2. Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Dormagen

Bei der Erstellung eines Flüchtlingskonzepts ist der Kostenfaktor ein wichtiger Punkt, da dieser in viele andere Themenfelder übergreift.

In dem folgenden Abschnitt unseres Konzeptes erläutern wir unsere Vorstellungen über die beste Handhabung und den effizientesten Umgang mit Geld im Bezug auf die Flüchtlinge.

Dabei beschäftigen wir uns damit, wie viel Geld die Flüchtlinge und Asylbewerber bereits bekommen und was wir als notwendig und machbar ansehen, was diesen betreffenden Personen zu zahlen ist. Des Weiteren gehen wir auf die aktuelle Diskussion über das Thema Sach- und Barleistungen ein. Wir haben uns ebenfalls Gedanken darüber gemacht, wofür Flüchtlinge Geld gebrauchen können, was der Staat und die Stadt bezahlen und wie man diese Kosten so gering wie möglich zu halten.

2.1 Aktuelle Bar- und Sachleistungen für Flüchtlinge

Durch unsere Recherche sind wir auf folgende Aspekte aufmerksam geworden:

Derzeit erhalten Flüchtlinge ein Taschengeld in Höhe von 15 € pro Woche. Davon müssen sie vor allem Bus- und Bahntickets, Handykosten und zusätzliche Lebensmittel bezahlen. Drei Mahlzeiten am Tag werden ihnen gestellt ebenso wie Sanitäranlagen, Unterkunft und Kleidung.

Im Gegensatz dazu bekommen Asylbewerber 360 € im Monat und müssen zusätzlich zu den oben aufgeführten Kosten auch noch Kleidung, Lebensmittel und Hygieneartikel zahlen.

2.2 Zur Problematik des Einsatzes von Coupons

Ein Teil des Geldes, welches die Stadt oder das Land übernehmen, wird momentan noch durch Coupons ausgezahlt. Diese haben einige Vorteile, allerdings auch viele Nachteile. In der weiter unten angefügten Tabelle (S. 9) werden diese Vor- und Nachteile nach unserem Empfinden aus soziologischen, ökonomischen und politischen Blickwinkeln betrachtet. Dabei haben wir diese drei Bereichen jeweils in Pro- und Contra-Argumente eingeteilt.

Soziologisch gesehen fällt auf, dass überwiegend negative Aspekte im Vordergrund stehen. Zum einen sehen wir die Coupons als Einschränkung der Selbstständigkeit. Dadurch, dass die Coupons auf eine bestimmte Art der Ausgaben festgelegt sind, ist es den Flüchtlingen und Asylbewerbern nicht möglich, diese nach aktuellem Bedarf frei zu nutzen. Beispielsweise können sie nicht in einem Monat mehr Kleidung kaufen, obwohl diese benötigt würde und im nächsten Monat haben sie diese Kleidung bereits und müssen eventuell auf andere Güter verzichten.

Des Weiteren fördern die Coupons nicht die Integration. Durch die auffällige Weise des Bezahlers werden andere Bürger darauf aufmerksam und die Asylbewerber und Flüchtlinge könnten sich angegriffen, bzw. herabgesetzt fühlen. Ein weiterer Aspekt wäre, dass Luxusgüter, die den Flüchtlingen, bzw. Asylbewerbern, wichtig sind, von diese nicht gekauft werden können, da diese eventuell auf

den Coupons nicht enthalten sind (z.B. Friseurbesuche, bestimmte Hygieneartikel). Der einzige positive Aspekt ist die eventuell nicht ausreichenden Sicherheit für Bargeld in den Unterkünften.

Im ökonomischen Bereich liegen uns größtenteils Pro-Argumente vor, die im Folgenden aufgeführt werden. Einerseits bleibt das Geld, was in Form der Coupons ausgezahlt wird, im Land und die Flüchtlinge und Asylbewerber haben nicht die Möglichkeit, es ins Ausland zu schicken.

Somit nehmen die Flüchtlinge und Asylbewerber, die Coupons erhalten, an der deutschen Wirtschaft teil und diese wird somit nicht von den Flüchtlingen „belastet“, so wie es einige Mitbürger fürchten. Ein Gegenargument ist, dass die Tauschwirtschaft mit angekurbelt wird.

Aus politischen Gründen sollten die Coupons ebenfalls abgeschafft werden. Als einziges, aber umso ausschlaggebenderes Argument sehen wir in diesem Fall, dass durch den Einsatz von Coupons die Menschen „abgewertet“ werden und es damit zu einer Verletzung des Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ kommt.

	soziologisch	ökonomisch	politisch
+	- evtl. keine ausreichende Sicherung in den Unterkünften für Bargeld	- Geld bleibt im Land - Teilnahme an der deutschen Wirtschaft	
-	- Einschränkung der Selbstständigkeit - Statusoffenbarung - evtl. keine Möglichkeit zur Nutzung für andere Zwecke	- Förderung der Tauschwirtschaft	- Abwertung der Menschen (Verstoß gegen Grundrechte)

2.3 Vorschläge und Empfehlungen für ein geändertes Kostenkonzept

Da wir uns mit den Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Asylbewerber im Generellen beschäftigt haben

und ebenfalls Informationen über die Handhabung der Stadt Dormagen eingeholt haben, möchten wir einige Vorschläge unterbreiten, die dazu führen könnten, dass die Organisation und Umsetzung des Konzeptes zur Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber erleichtert werden. Dabei möchten wir auf die Themenfelder des benötigten Personals, Materials und der Unterbringung eingehen.

2.4 Zusätzliche Mitarbeiter

Zuerst ist uns wichtig, dass mehr Sozialarbeiter eingestellt werden, die sich speziell um die Flüchtlingen bzw. Asylbewerber kümmern. Dabei wollen wir 7,5 Stellen schaffen. Ein Vollzeitmitarbeiter soll sich jeweils um zwei Stadtteile kümmern. Vollzeitstellen sind günstiger für den Arbeitgeber, jedoch wären stattdessen auch 15 Teilzeitstellen eine Option, da Teilzeitkräfte den Fokus auf einen Stadtteil legen könnten und somit nicht oft zwischen den Arbeitsorten wechseln müssten.

Da dies selbstverständlich mit höheren Personalkosten verbunden ist, würde ein Kompromiss die beste Lösung darstellen. Dahingehend schlagen wir vor, eine Mischung aus Vollzeit- und Teilzeitstellen einzurichten. Diese würden sich auf jeweils fünf Stellen belaufen. Ebenfalls könnte man drei weitere Vollzeitkräfte einstellen, die Frau Kappeler und Frau Freitag in ihrer Arbeit als Koordinatoren unterstützen. Wir erachten nicht für notwendig, die Stellen von Sicherheitspersonal aufzustocken.

Als Küchenmitarbeiter in den Notunterkünften sollten bevorzugt ehrenamtliche Mitarbeiter eingestellt werden, bzw. zur Verfügung stehen. Jede Unterkunft, die sich in einem städtischen Gebäude befindet, sollte mit einem eigenen Hausmeister ausgestattet werden.

Besonders wichtig ist ein Hausmeister für das Willkommenszentrum, welches womöglich in Nievenheim errichtet werden soll. Für diese Unterkünfte sollten ebenfalls Reinigungsfachkräfte angestellt werden, die gemeinschaftliche Bereiche wie Flure, Küchen und Gemeinschaftsräume regelmäßig reinigen.

2.5 Sprachförderung

Jeder Flüchtling hat das Recht auf einen Deutschkurs an einer Hochschule, welcher an Stelle von fertig ausgebildeten Lehrern von Studenten und evtl. Schülern geleitet werden kann. Diese Arbeit könnte den Studenten und Schülern als Referendariat oder Praktika angerechnet werden.

2.6 Zusätzliche Materialausstattung

Im Bereich zusätzlicher Materialien benötigt die Stadt finanzielle Mittel für Lebensmittel, Schultensilien, Freizeitmaterial, Hygieneartikel, Möbel und Kleidung. Dieses Material ist fast ausschließlich für die Flüchtlinge in den Notunterkünften nötig. Leider konnten wir nicht eruieren, wie die Kosten bei dieser großen Menge an Lebensmitteln aussehen.

Unter den Begriff der Schultensilien fallen neben Schreibwaren (Papier, Stifte) auch Materialien, die für spezielle Deutschkurse benötigt werden und Schulbücher für die schulpflichtigen Kinder. Diese könnten allerdings durch Sach- und Geldspenden finanziert werden und die Fördervereine der Schulen sollten sich ebenfalls daran beteiligen.

2.7 Freizeitgestaltung

Wichtig ist auch, dass Flüchtlinge und Asylbewerber ihre Freizeit angenehm gestalten können. Aufgrund dessen würden wir empfehlen, zu diesem Zweck zu Sachspenden wie Fahrräder, Roller, Straßenkreide, Springseile und andere Freizeitmaterialien aufzurufen.

2.8 Unterkünfte: Lebensbedingungen/Möblierung

In neu eingerichteten Unterkünften werden Möbel benötigt, welche von der Stadt bezahlt werden müssen. Auch in diesem Bereich könnte man auf Sachspenden zurückgreifen. Allerdings müssten die Möbel, dann vor dem Benutzen auf ihren Zustand geprüft werden.

Die Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber muss die Stadt im Gesamten zahlen. Dazu gehört die Wohnfläche, Heiz-, Wasser- und Stromkosten, Müllentsorgung, notwendige Reparaturen

und die Möglichkeit, WLAN zu benutzen. Die Nutzung des WLANs könnte man durch eine Vereinbarung mit einem Internetanbieter kostenlos ermöglichen.

2.9 Hygiene/Kleidung

Überdies werden gewisse Hygieneartikel dringend benötigt, dabei geht es nicht um kosmetische Mittel oder teure Markenartikel. Hygieneartikel sollten die Flüchtlinge und Asylbewerber durch Spenden oder durch Erhöhung des Taschengeldes von der Stadt erhalten.

Der letzte Aspekt ist die Kleidung. Diese wird entweder vom Taschengeld oder durch Sachspenden finanziert. Hierzu bieten wir Ihnen einen weiteren Vorschlag an. Als Vorlage haben wir einen Brief für Unternehmen verfasst (s. Anhang), um diese zu Spenden von Restposten oder Artikeln, die aufgrund von ästhetischen Fehlern nicht im Geschäft verkaufen können, aufzurufen.

2.10 Arztkosten/Kosten für den öffentlichen Nahverkehr

Weitere Kosten, die anfallen, sind z.B. Arztbesuche. Die Ärzte müssen von der Stadt bezahlt werden sowie die benötigten Medikamente. Die Arztkosten können geringer gehalten werden, falls Ärzte ehrenamtlich in die Unterkünfte kommen und dort die Flüchtlinge untersuchen. Um diese Arztbesuche oder aber auch Amtsbesuche wahrnehmen zu können, müssen die Flüchtlinge und Asylbewerber die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Unserer Meinung nach sollte diese Nutzung deshalb kostenlos sein, denn der Bus oder die Bahn fahren auch, wenn diese Menschen sie nicht benutzen. Somit entsteht für die Stadt kein Verlust an Geld. Dennoch sollten sie Tickets erhalten, damit sie sich bei Kontrollen ausweisen können.

2.11 Förderung einer schnelleren Integration

Um die Integration zu fördern und eine ausgeglichene Freizeit zu ermöglichen, sollte die Stadt Vereine, die Flüchtlingen und Asylbewerbern eine kostenlose Mitgliedschaft anbieten, wenn nötig bezuschussen, damit kleinere Vereine keinen Verlust erleiden und

trotzdem helfen können. Doch zuerst sollte nach Sponsoren, abgesehen von der Stadt, gesucht werden. Es ist wichtig, dass sämtliche Bürger die Möglichkeit haben, sich aktuelle und vor allem richtige Informationen über die derzeitige Lage im Bezug auf die Flüchtlingspolitik und ihre Auswirkungen auf Dormagen einzuholen. Darum ist es notwendig, umfassende Bürgerver-sammlungen oder durch Interviews mit Medienvertretern zu informieren. Dies könnte eine ausländerfeindliche Bewegung in der Bevölkerung verhindern bzw. verringern.

2.12 Soziale Transferleistungen für Flüchtlinge und Asylbewerber

Das Grundgesetz als Grundlage nutzend möchten wir, dass die Flüchtlinge und Asylbewerber den Hartz IV-Satz erhalten, da dies das Existenzminimum in Deutschland beschreibt und laut Gesetz nicht unterschritten werden darf. Somit haben auch die Asylbewerber ein Recht auf ca. 40 € mehr im Monat. Dieses Geld sollte von Bund und Ländern aufgebracht werden, da es nicht Aufgabe der Stadt ist, dieses zu finanzieren.

Alles in allem sollten die Asylbewerber somit den Mindestsatz von ca. 400€ pro Monat erhalten, damit sie in an den deutschen Lebensstandard angepassten Verhältnissen leben können.

2.13 Zusammenfassung

Zusammengefasst ist die Einstellung weiterer Koordinatoren von großer Wichtigkeit, da diese Missverständnisse aufklären, Freiwillige einweisen und verteilen und bessere Integrationsmöglichkeiten schaffen könnten. Ebenfalls ist es uns ein großes Anliegen, dass die Flüchtlinge und Asylbewerber Geld bekommen, anstatt von Coupons und Gutscheinen zu leben, um so besser integriert werden zu können.

Uns ist bewusst, dass die Stadt für die Umsetzung dieses Konzeptes viel Geld aufbringen müsste, was sich jedoch später rentieren wird und für die Menschen, die bei uns Zuflucht und Schutz suchen notwendig ist. Außerdem ist dieses Konzept auf den Optimalfall ausgelegt.

3. Interview des Sowi-Zusatzkurses mit dem Bürgermeister Herr Erik Lierenfeld



Bevor unser Kurs mit Herrn Lierenfeld in einen Dialog trat, gab er erst einmal selber eine Status Quo Einschätzung zu Dormagen und der momentanen Situation ab. (Sinngemäße Wiedergabe)

Allein in der letzten Woche (26.10-1.11) sind 16.380 neue Flüchtlinge NRW zugeteilt worden, diese Woche werden es wohl knapp 19.000 werden. Das Problem ist, dass die Aufnahmekapazitäten in NRW bereits erschöpft sind, in bestehenden Notunterkünften ist kein Platz mehr, so dass jetzt vermehrt auch Gebäude wie Turnhallen oder leerstehende Häuser genutzt werden müssen um Obdachlosigkeit zu verhindern.

In der Turnhalle am Sportpark sind derzeit 150 Leute untergebracht, am Schwimmbad sogar 200. Insgesamt gibt es in NRW 242 Landesnotunterkünfte die Platz für 70.000 Menschen bieten. Dieser Platz ist jedoch längst aufgebraucht. Trotzdem bekommt NRW weiter, nach dem Königsteiner Schlüssel, jede Woche 25-40 neue Flüchtlinge zugewiesen die untergebracht werden müssen. In dieser Platznot werden Übergangsweise sogar Hotelzimmer angemietet, damit die Flüchtlinge erst einmal eine Bleibe haben.

Für 2016 schätzt Herr Lierenfeld noch einmal mit einer Zunahme an Flüchtlingen was bedeuten könnte, dass Dormagen pro Monat 90

neue Leute unterbringen muss. Um das zu schaffen sollen Container und Holzhäuser angeschafft werden. Außerdem soll in Nievenheim ein Welcomecenter entstehen, in dem kurzfristig 100-150 Menschen untergebracht werden können und am Wahler Berg soll eine neue Landesaufnahmestelle gebaut werden.



1. Wie wird das ganze Geld aufgebracht um Flüchtlinge zu versorgen oder Flüchtlingsheime neu zu bauen?

Herr Lierenfeld: *„Schon im letzten Jahr hat Dormagen 40.000.000 Millionen Euro Schulden gemacht. Auch wenn das meiste Geld durch den Bund refinanziert wird, also mit einem Zinssatz von 0%, entstehen trotzdem zuerst einmal Schulden. Dabei ist der größte Kostenpunkt die Mitarbeitergehälter, die monatlich anfallen. Als erster Schritt soll jetzt die Grundsteuer in Dormagen um 4€ pro Monat erhöht werden.“*

2. Wir haben herausgefunden, dass sie das Ersuchen an die Bundesregierung auch unterschrieben haben. Warum?

Herr Lierenfeld: *„Ich habe unterschrieben, weil sich viele Bürger Dormagens durch die langen Bearbeitungszeiten und den hohen Verwaltungsaufwand, der durch die vielen Flüchtlinge in Dormagen entstanden ist, vernachlässigt fühlen könnten, da die Bearbeitung von Sozialhilfesanträgen teilweise jetzt doppelt so lange dauern wie vorher.“*

- 3. Glauben sie das die Stimmung auch hier in Dormagen kippen könnte? Oder was wird in Dormagen getan damit das nicht passiert?**

Herr Lierenfeld: „*Stimmungen kippen nicht sie sind schon immer vorhanden gewesen. Durch kürzliche Kundgebungen der AfD sind die negativen Stimmen nur lauter und aggressiver geworden, da sie sich jetzt trauen laut zu sein.*“

- 4. Wir organisieren momentan Sprachkurse an unserer Schule, bei dem Oberstufenschüler, Schülern aus der Unterstufe mit dem Lernen der deutschen Sprache helfen.**

Herr Lierenfeld: „*Es sollen jetzt 3.000 neue Lehrer in NRW eingestellt werden, wovon die Bertha-von-Suttner Gesamtschule auf Grund ihrer Größe sicherlich auch profitieren wird.*“



- 5. Wie werden die Flüchtlinge integriert? Direkt nach Ankunft oder erst wenn der Asylantrag angenommen ist und die Flüchtlinge an ihrem Endstandpunkt angekommen sind?**

Herr Lierenfeld: „*Meiner Meinung nach darf sich der Fehler von damals, die Gastarbeiter nicht zu integrieren, weil man davon*

ausging, sie würden so wieso wieder gehen, nicht wiederholen. Deshalb versuchen wir in Dormagen von Anfang an alle zu integrieren, da man nicht weiß, wer bleibt und wer irgendwann wieder nach Hause zurückkehrt.“



6. Was tut Dormagen, damit die negativen Stimmungen nicht die Oberhand gewinnen?

Herr Lierenfeld: *„Momentan gibt es 6 Café Grenzenlos in Dormagen. Bis nächstes Jahr sollen es 16 werden. Hier können sich Dormagener und Flüchtlinge auf neutralem Boden kennenlernen und Vorurteile abbauen. Die Cafés dienen also als Begegnungsstätte.“*

aufgezeichnet von Larissa Schnell

4. Geltendes Asylrecht / Asylrechtsänderungen

Die rechtliche Grundlage für Asylanträge ist von großer Wichtigkeit und spielt eine wichtige Rolle in der momentanen Situation. Daher werden wir nun die wichtigsten Aspekte kurz zusammentragen. Asyl beantragen und schließlich auch zu erhalten. Unter diesen Punkt fallen zum Beispiel auch autorisierte Antragsteller und die Verfahrensdauer.

4.1 Grundgesetz Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische

(4) Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, dass ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, dass er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muss, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

4.2 Angestrebte Verfassungsänderungen im Zuge der aktuellen Asyl- und Flüchtlingsdebatte

Dubliner-Verordnung:

Der Flüchtling muss in dem Land Asyl beantragen, in dem er ankommt. Dies wird aber nicht auf Syrer angewendet

Die CSU fordert, dass die Dublin-Verordnung auf alle Flüchtlinge angewandt wird.

Transitzonen:

Es wird nach Herkunftsland geprüft. Wenn das Herkunftsland als sicher eingestuft ist wird überlegt, ob es sich lohnt, dem Flüchtling aufzunehmen.

Erstunterkünfte:

Statt drei werden Asylsuchende künftig bis zu sechs Monaten in den Unterkünften verbringen müssen, solange ihr Asylantrag nicht entschieden worden ist. Mit der Verlängerung dieses Zwangsaufenthaltes geht auch ein Arbeitsvertrag einher.

Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz:

Asylbewerber, deren Asylantrag abgelehnt wurde müssen das Land schneller wieder verlassen.

Schweden:

Schweden gewährt jedem syrischen Flüchtling eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung.

5. Position der Bundesregierung und Positionen der Bundesparteien sowie der Parteien in Dormagen

Unsere Gruppe hat sich mit der Thematik beschäftigt, welche Positionen die Parteien in Dormagen und die deutsche Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage vertreten. Zuerst werden wir die Position der deutschen Bundesregierung erschließen.

5.1. Bundesregierung/Bundesparteien

In der deutschen Bundesregierung befinden sich die Parteien CDU, CSU, SPD. Diese Parteien haben im weitesten Sinne die gleichen Interessen im Hinblick auf die Flüchtlingsfrage, jedoch gehen sie verschieden damit um. Wir recherchierten hauptsächlich auf den offiziellen Webseiten der oben aufgeführten Parteien.

Zuallererst besuchten wir die Webseite der Christlich-Demokratischen Partei Deutschlands und sofort fällt auf, dass auf der Startseite die ersten drei Themenbereiche etwas mit der Flüchtlingspolitik Deutschlands zu tun haben.¹ Da wäre einmal ein Bericht über eine Diskussion De Maizière's mit 550 CDU Mitgliedern über die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Kriminalitätsslage und die Gewährleistung des Schutzes der EU-Außengrenzen, welche am Montag, den 19.10.2015 stattgefunden hat. In diesem kann man erschließen, dass die CDU sich mit den Sorgen der Bürger auseinandersetzt. Das bedeutet, dass die Partei besseren Schutz für die Außengrenzen fordert, aber auch wurde bestätigt, dass es keinen Hinweis auf IS- Kämpfer unter den Flüchtlingen gibt.²

Um weitere Fragen der Bürger zu beantworten, bietet die Webseite eine Möglichkeit Antworten auf häufig gestellte Fragen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik (FAQ) nachzulesen. Dort werden Fragen wie "Warum nimmt Deutschland so viele Asylsuchende und Flüchtlinge auf" oder "Wie viele Menschen sind auf der Flucht? Wie viele hat Deutschland bisher aufgenommen?" vorgegeben und von der CDU mit Fakten und auch teilweise mit Grafiken beantwortet.³

Weiterhin liegt ein Artikel vor, indem die Position der CDU sehr

deutlich wird, Tauber: *"Der Asyl- und Flüchtlingsgipfel hat gestern das beschlossen, was die CDU schon lange fordert. Schutzbedürftigen helfen wir. Dafür gibt der Bund Ländern und Kommunen das notwendige Geld. Asylverfahren beschleunigen wir. Und wer nicht hier bleiben darf, wird rasch wieder gehen müssen. An die Flüchtlinge, die bei uns bleiben, hat die CDU eine klare Erwartungshaltung: Wir wollen, dass sie die Werte und Regeln unseres Zusammenlebens akzeptieren und zu ihren eigenen machen, wenn sie hier leben wollen."*⁴

Aus den oben genannten Artikeln, kann man schlussfolgern, dass die CDU sich in der Flüchtlingsfrage sehr engagiert. Dennoch auch sie haben Erwartungen an die Menschen die nach Deutschland kommen. So müssen sie sich in der Gesellschaft integrieren.

Die Schwesterpartei Christlich Soziale Union in Bayern begrüßen auf ihrer Webseite auch mit Themenbereichen zur Flüchtlingspolitik in Deutschland. Hier ist jedoch der Unterschied, dass sie sehr kritisch zum jetzigen politischen System in der Flüchtlingsfrage sind. Überschriften wie: *"Das würde Deutschland überfordern."* und als Untertitel *"Einschränkung des Familiennachzuges"* lassen schon auf eine kritische Haltung hinweisen.⁵ Der Artikel ist ein Auszug aus einem Interview mit CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer. Er kritisiert den Familiennachzug der Asylbewerber und ist der Meinung, dass auch jetzt Deutschland mit des Flüchtlingsandrang schon zu sehr überfordert sei, dass nachgeholte Familien noch mehr Probleme nach Deutschland bringen könnten. Deutschland würde schon eine einzigartige humanitäre Leistung erbringen. Interessant ist, dass bei dem Gespräch der CDU, CSU und der SPD keine Meinungsverschiedenheiten gegeben hat und dass sich alle bei diesem Thema einig waren.⁶

In einem weiteren Artikel *"Bevölkerung erwartet Begrenzungen"* wird der Standpunkt Horst Seehofers nach einer Vorstandssitzung in München deutlich. In dieser Sitzung wurde über die Verschärfung des Asylrechts diskutiert.

Es wurde beschlossen, dass nur Schutzbedürftige integriert werden sollen und dass die Zuwanderungszahlen begrenzt werden. Auch hier schafften es CSU und CDU gemeinsam einen Standpunkt zu finden. Horst Seehofer äußert sich dazu: *"Die Bevölkerung erwartet diese Begrenzung."* Auch die CSU beschäftigt sich mit den Sorgen der Bürger. Weiterhin zu der Integration von Schutzbedürftigen:

"Integration hat eine Richtung und das sind unsere deutschen Leitwerte." Es ist ein wichtiges Ziel der CSU, die Menschen so zu integrieren, dass sie sich in der deutschen Gesellschaft anpassen können.⁷

Abschließend haben wir das sechsseitige Positionspapier der CDU und CSU mit dem Titel: *"Menschen in Not helfen, Zuwanderung ordnen und steuern, Integration sichern"* sorgfältig durchgelesen. Man leitet ein, dass es der größte Flüchtlingsstrom nach dem zweiten Weltkrieg sei, und somit auch das größte Problem nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas. Die CSU und die CDU sind sich sicher, dass sie es schaffen, dem Problem gerecht zu werden, da auch die Bevölkerung darauf hoffe. Nach dem Einleitungssatz folgen die zwei Ziele, die kurz und knapp formuliert sind. Man wollte Zuwanderung ordnen und steuern, sowie Fluchtursachen bekämpfen, um die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren.

Ein weiteres Ziel ist es den Menschen in Not zu helfen und die Integration Schutzbedürftiger zu sichern. Dies deckt sich soweit auch mit den Artikeln der CSU und CDU die wir gelesen haben. Bedeutet also, dass jedenfalls daran gearbeitet wird. Weiterhin findet man auf dem Positionspapier noch die Maßnahmen die die CDU und CSU treffen wollen, um ihre Ziele zu erfüllen. Es ist jedoch nicht nötig weiter darauf einzugehen, da man dort nicht die Position der Parteien weiter erschließen kann.⁸

Zusammenfassend ist es für beide Parteien wichtig, den Menschen die hier herkommen und vor dem Krieg flüchten, zu helfen und auch zu integrieren. Jedoch sind sie sich einig, dass Deutschland nicht alle Flüchtlinge aufnehmen kann. Dafür arbeitet die CDU und CSU an den Ursachen des Flüchtlingsstroms. Des Weiteren wollen sie auch die Ängste und Sorgen der deutschen Bevölkerung nach Möglichkeit reduzieren. Ein Unterschied besteht jedoch zwischen der CDU und CSU. Man merkt sofort, dass die CSU kritischer als die CDU in der Flüchtlingsfrage ist, dennoch verfolgen beide Parteien die selben Ziele.

Auf der Startseite der Webseite der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands springen sofort Artikel wie *"Hilfe für Flüchtlinge"* von der Aktion Deutschland Hilft, *"Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik"* mit dem Untertitel *"Der Faktencheck"* und *"Flüchtlinge bei uns: Gut Zusammenleben"*, ins Auge.⁹ Dies ist gegenüber der CSU und CDU erst mal nicht anders, jedoch werden

bei CSU und CDU aktuelle Themen z.B. eine Diskussion von De Maiziére's mit CDU Mitgliedern oder ein Interview mit Andreas Scheuer.

Die Themen die auf der Seite der SPD vorgestellt werden, sprechen eher Bürger an, die sich mit der Flüchtlingsproblematik aktiv beschäftigen wollen, während die Artikel der CDU und CSU mehr für politisch Interessierte gedacht sind. Wir haben uns zuerst mit dem Artikel *"Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik"* mit dem Untertitel *"Der Faktencheck"* beschäftigt. Mit diesem Artikel versucht die SPD Vorurteile der Bevölkerung und auch Ängste auszuräumen. In sieben Unterpunkten werden Vorurteile wie *"Deutschland ist zu klein für noch mehr Zuwanderung"* oder *"Asylbewerber bekommen mehr als Hartz-IV-Empfänger"* mit Fakten widerlegt.

Auf der Seite der CDU haben wir ähnliche Aussagen gelesen.

Unter den sieben Vorurteilen steht in Fett geschrieben: *"Die SPD steht für eine solidarische und menschliche Flüchtlingspolitik. Das heißt: Flüchtlingen helfen. Kommunen entlasten. Europa in die Verantwortung nehmen."* Ein Ziel der SPD ist es, den Flüchtlingen so gut wie es nur geht zu helfen und nicht nur die Belastung an den Bundesländern mit ihren Kommunen abzugeben. Man wolle auch den Rest Europas in die Problematik involvieren und zur Verantwortung ziehen. Allein der Artikel deutet auch darauf hin, dass man nicht nur an einer guten Flüchtlingspolitik interessiert ist, sondern man wolle auch die Bürger informieren und Ängste und Sorgen eliminieren.

Unter diesem Statement ist ein Link zu finden, der uns zu einem Artikel *"Deutschland heißt Willkommen."* bringt.¹⁰ Dort findet man einen Einleitungssatz und diverse Unterpunkte mit Überschriften. Über dem Einleitungssatz steht *"Deutschland heißt heute für viele Flüchtlinge Hoffnung"*. Dort hat die SPD schon deutlich ihre Position klargemacht. Die SPD wolle den Menschen in Not helfen und dafür wollen sie mehr Solidarität in Europa und ein Einwanderungsgesetz. Auch die Entlastung des Bundes und der Kommunen sei schon geschehen.

Die SPD appelliert, dass die Bürger und auch die Partei viel dafür tun müssen damit die Menschen in die Gesellschaft integriert werden. Man glaubt daran, dass diese Aufgaben bewältigt werden

können trotz dieser Größe. Um dies zu schaffen, arbeitet die SPD, wie schon in der Überschrift erwähnt, unter dem Motto: *"Deutschland heißt Willkommen"*. Aus den beiden Artikeln kann man schlussfolgern, dass das höchste Ziel ist, den Flüchtlingen zu helfen. Solidarität in Europa aber auch in Deutschland sei wichtig, damit die Menschen nachhaltig hier in Deutschland zu recht kommen.¹¹

Wenn man die CSU, CDU und SPD vergleicht, wird man feststellen, dass das oberste Ziel ist, den Menschen in Not zu helfen. Integration ist ein wichtiges Stichwort, woran alle drei Parteien arbeiten. Unterschiedlich sind jedoch die Maßnahmen. Die CDU und CSU kämpfen für eine Begrenzung des Flüchtlingsstroms und auch an den Ursachen. Die SPD hingegen, wollen allen Flüchtlingen helfen und dafür sorgen dass ganz Europa bei der Bewältigung hilft. Man wolle nicht mehr Einzelne allein belasten und Solidarität schaffen.

5.2 Parteien in Dormagen

Man könnte meinen, dass die Dormagener CDU und SPD die selben Ziele verfolgen müssten. Jedoch muss man davon ausgehen, dass sie sich nicht landesweit einsetzen können, sondern nur innerhalb Dormagens. Zuerst möchten wir anmerken, dass man von den

Parteien als Bewohner Dormagens nicht viel mitbekommt, weder von der SPD, der CDU noch von den anderen Dormagener Parteien. Deshalb können wir nicht ohne Recherche über ihre Positionen urteilen. Deshalb ziehen wir hier auch die Webseiten hinzu. Wir werden die Positionen der Parteien AfD, SPD, CDU, Die Grünen und Die Linken erschließen.

5.3 AfD

Als Erstes wollten wir uns mit der Partei Alternative für Deutschland beschäftigen, jedoch ist uns bei unserer Recherche im Internet aufgefallen, dass weder eine Webseite für Dormagen existiert, bzw. erst gerade eine erstellt wird, und dass die Facebook-Seite der AfD gelöscht wurde. Weitere Recherchen ergaben, dass die AfD nach dem Austritt zweier Parteimitglieder, Johannes Patatzki und Markus Roßdeutscher, seit Mitte des Jahres nicht mehr im Stadtrat Dormagens sitzt. Somit haben wir hier auf eine weitere Recherche verzichtet.¹²

5.4 SPD

Auf der Webseite der SPD in Dormagen findet man zunächst nicht viel zum Thema Flüchtlingsproblem. Man musste aufmerksam suchen, um auf der Startseite zwei Artikel zum Thema zu finden.¹³

Der erste Artikel *"SPD schlägt Einrichtung eines Flüchtlingskongresses vor"* handelt von einem Vorschlag die Menschen die sich in Dormagen aktiv bei der Flüchtlingshilfe beteiligen zu einem Gespräch zu bewegen, um diese besser miteinander koordinieren zu lassen. Auch möchte man den Jugendhilfeausschuss und die Verwaltung mit einbringen. Ziel sei es, ein besseres Flüchtlingskonzept aufzustellen, was Aspekte von Jugend- und Familienhilfe beinhaltet. Dabei möchte man mit den Flüchtlingen, die nach Dormagen kommen, besser zurecht kommen und den Menschen bessere Hilfe anbieten.¹⁴

Der Artikel mit dem Titel *"SPD unterstützt Stadtverwaltung bei Plänen für die Unterbringung von Flüchtlingen"* bezieht sich auf die Unterbringung der Flüchtlinge, die bis Ende 2016 kommen sollen. Man wollte Flüchtlingsunterkünfte in allen Ortsteilen Dormagens errichten. Bei diesem Plan ist man sehr zuversichtlich, dass die Ortsteile sich nicht aus der Verantwortung ziehen und alle

zusammenhalten. Außerdem fordert man bei der Errichtung hohe Standards z.B. Brand- und Wärmeschutz und Nachhaltigkeit. Weiterhin geht man davon aus, dass durch die Familien mit Kindern Kindergärten und Grundschulen gesichert werden, und dass durch die gute Integration nicht nur die Asylbewerber und Flüchtlinge profitieren. Es sei eine Chance sie auch beruflich einzubinden.¹⁵

In den Maßnahmen der Dormagener SPD wird, wie zu erwarten, die Position der SPD auf Landesebene deutlich. Die Dormagener SPD kämpft für eine gute Zukunft der Familien und jungen Menschen, die in die Stadt kommen und appelliert an der Solidarität der Ortsteile. So wie die SPD auf der Landesebene sind sie sehr zuversichtlich, dass sie dieses Problem bewältigen können.

5.5 CDU

Die CDU in Dormagen bietet einen Artikel auf ihrer Startseite an:

"Flüchtlingspolitik: Bürger beteiligen – Perspektiven entwickeln – Klarheit schaffen". Die Grundlage des Artikels ist die Ratssitzung vom 3. November 2015. Dort gab der Dormagener Bürgermeister Erik Lierenfeld eine Prognose für das kommende Jahr ab und erneut die geplanten Flüchtlingsunterkünfte erwähnt.

Die Flüchtlingsunterkunft am Wahler Berg sieht die CDU kritisch, und möchte Alternativen prüfen um die beste Entscheidung zu treffen. Die CDU wolle zwar eine Lösung für die Unterbringung der Neuankömmlinge finden, jedoch sei die momentane Lage bei der Planung der Unterkunft zu unsicher und nicht zielführend und würde Verunsicherungen bei den Dormagener Bürgern schüren. Die CDU fordert, dass die Informationen der Sitzungen an die Bürger weiter getragen wird, um somit die Hilfsbereitschaft zu erhalten. Ihnen ist es wichtig, die Meinung der Bürger mit in die Planung der Unterkunft einfließen zu lassen. Auch hier findet man zumindest eine Parallele zu den Zielen der CDU auf Landesebene. Sie wollen so gut wie möglich die Bürger informieren.

5.6 Die Grünen/Bündnis 90

Auf der Webseite der Partei Die Grünen findet sich erst mal nichts zur Flüchtlingsfrage. Jedoch wenn man nach dem Begriff *"Flüchtling"* auf der Webseite sucht, erscheinen zwei Artikel. Der Titel des ersten Artikels *"Mehr Grün - für ein besseres Europa. Change Europe. Vote Green"* vom 1. April 2014, lässt erst mal nicht auf die Flüchtlingsproblematik schließen, jedoch bei näherer Betrachtung handelt es sich um einen Abschnitt kurz und knapp von der Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland und in den Nachbarländern Syriens.

Die Grünen sind der Meinung, dass es nicht möglich sein kann, dass Menschen an Grenzen sterben und dass Deutschland über eine geringe Zahl an Flüchtlingen diskutieren muss, während andere Länder viel mehr aufnehmen. Sie fordern eine schnelle und unbürokratische Aufnahme dieser Flüchtlinge in Deutschland und in Europa, damit die menschenunwürdige Behandlung aufhört.¹⁶

In einem zweiten Artikel: *"Einführung einer Krankenkassenkarte für AsylbewerberInnen nach dem "Bremer Modell" "* fordern die Grünen und auch Die Linken Krankenkassenkarten für Asylbewerber. Man möchte den hohen bürokratischen Aufwand durch Anträge bei

Krankenkassen verringern, wenn ein Asylbewerber einen Arzt oder längerfristige Therapie benötigt. Man wolle auch durch die Krankenkassenkarte das Leben der Menschen erleichtern, da sie ein Stück weit "normaler" leben könnten, und der Gang zum Arzt nicht durch Bürokratie erschwert werde.¹⁷

Die Haltung der Grünen wird sehr deutlich. Sie sind für eine menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge und setzen sich dafür ein, dass diese sich schnell in Deutschland eingewöhnen können. Die Grünen finden jedoch, dass der bürokratische Aufwand das Leben der Asylbewerber erschwere und deswegen Alternativen gefunden werden müssen.

5.7 Die Linke

Wenn man "*Die Linke Dormagen*" in die Google Suchmaschine tippt, wird man zuerst auf eine Seite der Partei im Rhein- Kreis Neuss weitergeleitet. Dennoch kann man durch Suchen zum Ortsverband Dormagen gelangen. Man wird erst mit der Position der Partei konfrontiert, allerdings nicht direkt zur Flüchtlingsfrage. Trotzdem kann man daraus auch schon ein Teil erschließen. In diesem Willkommenstext wird deutlich, dass die Linke den Hunger in der Welt besiegen möchte, dass jeder Mensch eine Gesundheitsversorgung bekommt und Bildung für ärmere Menschen ermöglicht wird. Man wolle soziale Gerechtigkeit schaffen, eine Welt, in der die Umwelt nicht zerstört wird und es kein Krieg mehr gibt.

Des Weiteren geht die Partei noch auf die Ziele innerhalb Dormagens ein, wobei diese nicht in irgendeiner Weise in Beziehung mit der Flüchtlingsproblematik und der Position der Partei zu der Frage stehen und deshalb nicht weiter behandelt wird.¹⁸ Ein Artikel rechts neben dem Willkommenstext mit dem Titel "*Weltflüchtlingstag 2015*" handelt von den Forderungen der Parteien Die Linke, Die Grünen und die SPD, die am 20. Juni 2015 auf dem Paul- Wierich-Platz mit Infoständen vertreten waren.

Die Linken fordern eine menschenwürdige Unterbringung der Menschen, anstatt sie in Wohncontainer und Sammelunterkünften unterzubringen, mehr Geld für Kommunen, eine Krankenversicherung und kostenlose Sprachkurse für die Asylbewerber, die Abschaffung der Residenzpflicht und die Bekämpfung der Fluchtursachen.¹⁹

Nach dem Lesen der Forderungen, fällt auf, dass Die Linke einige Gemeinsamkeiten zu den anderen Parteien hat. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Fluchtursachen bekämpft werden, so wie die CDU und CSU. Die Krankenversicherung findet man in den Forderungen der Grünen.

5.8 Zusammenfassung

Wenn man die Dormagener Parteien vergleicht, stellt man fest, dass sich alle bemühen, den Flüchtlingen in Dormagen ein sicheres Leben zu bieten. Unterkünfte sind ein großes Thema der SPD, CDU und auch der Linken.

Die SPD stellt sich vor, die Ortschaften Dormagens mit Flüchtlingsunterkünften zu versehen und die CDU sieht einige Unterkünfte kritisch und möchte lieber erstmals Alternativen prüfen und auswerten.

Die Linken wollen, dass es keine Wohncontainer und Sammelunterkünfte mehr gibt. Auch will die SPD die Unterkünfte nachhaltig errichten. Eine menschenwürdige Unterbringung ist also allen Parteien wichtig. Man dürfe da natürlich nicht die Bewohner Dormagens vernachlässigen. Ohne die Hilfe der Bürger, könne man dies auch nicht schaffen.

So ist es der CDU, SPD, der Grünen und den Linken wichtig, dass die Bürger gut informiert sind und so auch keine Sorgen und Ängste entstehen können. Um das neue Leben der Asylbewerber hier zu erleichtern, möchte die SPD ein verbessertes Konzept ausarbeiten, um auch insbesondere Jugendliche und Familien zu fördern. Die Linken sehen einen Schwerpunkt für die Verbesserung der Lebensumstände in kostenlosen Sprachkursen, aber auch in der Abschaffung der Residenzpflicht. Die Grünen sind der Meinung, dass die Bürokratie viel zu aufwendig und zeitintensiv ist, und man z.B. Krankenversicherungen einrichten sollte.

Alles in allem sind die Hintergründe der Parteien und auch die Positionen dieselben, in Dormagen sowie auf Landesebene, doch jede Partei sieht andere Maßnahmen als Lösung des Problems, daher kann es manchmal zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Dormagener Parteien kommen.

1. <https://www.cdu.de/> (Stand: 23.10.2015, 10.53 Uhr)
2. <https://www.cdu.de/artikel/de-maiziere-sorgen-der-buerger-sind-auch-unsere-sorgen> (Stand: 23.10.2015, 11:25 Uhr)
3. <https://www.cdu.de/fragen-zur-asyl-und-fluechtlingspolitik> (Stand: 23.10.2015, 11.24 Uhr)
4. <https://www.cdu.de/artikel/tauber-asyl-und-fluechtlingsgipfel-beschliesst-cdu-positionen> (Stand: 23.10.2015, 11.24 Uhr)
5. <http://www.csu.de/> (Stand: 9.11.2015, 17.49 Uhr)
6. <http://www.csu.de/aktuell/meldungen/november-2015/das-wuerde-deutschland-weiterueberfordern/> (Stand: 9.11.2015, 18:00 Uhr)
7. <http://www.csu.de/aktuell/meldungen/november-2015/seehofer-zur-fluechtlingspolitik/> (Stand: 9.11.2015, 18.13 Uhr)
8. http://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dialog/infomaterial/151101_Positionspapier.pdf (Stand: 10.11.2015; 18.13 Uhr)
9. <http://www.spd.de/> (Stand: 10.11.2015 18:19 Uhr)
10. http://www.spd.de/aktuelles/130146/20150826_argumente_vorurteile_fluechtlinge.html (Stand: 10.11.2015, 18.30 Uhr)
11. <http://www.spd.de/aktuelles/Fluechtlingspolitik/> (Stand: 10.11.2015, 18.37 Uhr)
12. <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/dormagen/rossdeutscher-und-patatzki-verlassen-die-afd-aid-1.5378243> (Stand 10.11.2015, 18.46 Uhr)
13. <http://www.spd-dormagen.de/> (Stand: 10.11.2015, 18.50 Uhr)
14. http://www.spd-dormagen.de/meldungen_anzeigen.php?user_id=715 (Stand 10.11.2015, 19.01 Uhr)
15. http://www.spd-dormagen.de/meldungen_anzeigen.php?user_id=714 (Stand 10.11.2015, 19.15 Uhr)
16. <http://gruene-dormagen.de/Demokratie-Detailansicht.3199.0.html> (Stand 10.11.2015, 19.28 Uhr)
17. [http://gruene-dormagen.de/Startseite-Detailansicht.3200.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=4871&cHash=6b07c4b0b1](http://gruene-dormagen.de/Startseite-Detailansicht.3200.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=4871&cHash=6b07c4b0b1) (Stand: 10.11.2015, 19.42 Uhr)
18. http://www.dielinke-rhein-kreis-neuss.de/ov_dormagen/ (Stand: 10.11.2015, 20.00 Uhr)
19. <http://www.dielinke-rhein-kreis-neuss.de/uploads/media/fluechtlinge-willkommen.pdf> (Stand: 10.11.2015, 20.11)

6. Europäische Kooperationsbemühungen, Asylrecht in Europa

Diese Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit den Fragen: Wie reagiert Europa insgesamt auf das Flüchtlingsproblem? Was macht Europa? Welche Lösungsansätze könnte Europa verfolgen um das Problem zu bewältigen?

Zuerst gingen wir der Frage nach: Welches Recht herrscht überhaupt in der Europäischen Union in Bezug auf Flüchtlinge? Welche Rechte haben sie? Ab wann haben sie ein Anrecht auf Schutz?

Diese im Folgenden aufgeführten Rechte sind die Grundlage und sollten verbindlich für alle EU-Mitgliedsstaaten gelten, was in der

Realität leider nicht funktioniert. So wehren sich vor allem Osteuropäische Staaten wie, Lettland, Litauen, Ungarn oder Slowenien Flüchtlinge aufzunehmen, bauen sogar Schutzzäune oder schieben die Flüchtlinge einfach nur in Richtung Westen weiter.

Dieses Verhalten einiger Staaten belastet das empfindliche Gleichgewicht Europas zunehmend.

Der Konflikt bleibt jedoch keineswegs ein europäischer, in Kürze werden sich Russland so wie die USA in das Thema einmischen und über Militärangeiffe diskutieren. Ob und in wie weit dadurch eine Verbesserung erzielt werden kann ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

6.1 EU-Recht in der Flüchtlingsfrage

In allen EU-Ländern wird Folgendes unterschiedlich gesehen:

- die Punkte, die bei Anträgen berücksichtigt werden
- die Verfolger (Staat, Gruppe) des Antragstellers
- Voraussetzung für Schutz
- Gründe für Erlöschen des Schutzes

Um als Flüchtling in den EU-Staaten zu gelten, müssen die EU-Mitgliedsländer berücksichtigen, von wem die Androhung ausgeht:

- Staat
- den Staat beherrschenden Parteien oder Organisation
- nicht staatliche Organisation

Die Anerkennung eines Flüchtlings erfolgt bei:

- Anwendung physischer, psychischer, sexueller Gewalt
- rechtliche administrative, polizeiliche, justizielle Maßnahmen die diskriminieren
- verweigerter Rechtsschutz oder zu erwartender hoher Strafe
- Geschlechts diskriminierende Handlungen
- Flüchtlingsstatus erlöschen wenn die Voraussetzungen im Herkunftsland wegfallen → kein Schutz mehr nötig

Vom Schutz ausgeschlossen sind:

- Kriegsverbrecher, Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- ein schweres Verbrechen
- Handlungen/Taten die den UN Richtlinien widersprechen.

Als Schädigung der Menschen gelten:

- Folter
- Todesstrafe
- Bedrohung des Lebens und der Sicherheit infolge von willkürlicher Gewalt
- Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe

Die Flüchtlinge haben folgende Rechte:

- Recht auf Schutz vor Zurückweisung
- Recht auf Information in der eigenen Sprache
- Recht auf Aufenthaltstitel „Flüchtling“ für mindestens drei Jahre
- Recht auf Aufnahme einer Erwerbstätigkeit
- Recht auf Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes
- Recht auf Zugang zum Bildungssystem wie Schulen oder Umschulungen
- Recht auf Zugang zu Medizinischer Versorgung und Betreuung
- Recht auf eine Unterkunft
- Recht auf Zugang zu Programmen die Integration fördern

6.2 Mögliche Lösungsansätze der Europäischen Union

Ein Lösungsansatz wäre es, Staaten, die sich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen, zu bestrafen. Sie müssten eine Strafzahlung leisten, die je nach Größe des Landes erfolgen könnte.

Das Problem bei solch einer Zahlung wäre, dass viele Staaten sich quasi freikaufen würden und der Flüchtlingsstrom auch weiterhin nur auf wenige Länder verteilt bliebe und nicht gerecht auf alle.

Für eine gerechte Verteilung wäre die Quotenregel sinnvoll. Bei der nach einem Schlüssel je nach Größe, Einwohnerzahl und Wirtschafts-

stärke eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen fair in alle europäischen Länder verteilt würden.

Erstes Problem: viele EU-Staaten weigern sich, solch einen Vertrag zu unterzeichnen, sie wollen selber entscheiden, ob und wie viele Flüchtlinge in ihr Land kommen.

Zweites Problem: viele Flüchtlinge haben sich ein bestimmtes Land als Ziel ausgesucht. Zum Beispiel Schweden. Sie wollen nicht durch einen Verteilungsschlüssel zum Beispiel Spanien zugeteilt werden und selbst wenn, würden sie dort bestimmt nicht bleiben und sich trotzdem auf den Weg nach Schweden machen.

Ein ganz anderer Lösungsansatz ist die Hilfe vor Ort. Nicht nur die Hilfe in den zahlreichen Flüchtlingscamps auf türkischer Seite, sondern die Verbesserung der Lage in Syrien selber, was die Bekämpfung des IS mit einschließen müsste. Deutschland schließt Angriffe der Bundeswehr bisher noch aus, Frankreich fliegt bereits Angriffe auf IS-Stützpunkte, während Russland und die USA noch ihr Vorgehen verhandeln. Zu bedenken ist aber auch, dass nur rund ein Drittel der Flüchtlinge aus Syrien kommt. Dazu kommen ein Drittel Wirtschaftsflüchtlinge aus dem Balkan und ca. ein Drittel aus Afrika.

Die Lage in Syrien zu ändern könnte mit Hilfe von Russland und den USA durch militärische Gewalt noch funktionieren, aber die schlechte Lage von Millionen in Afrika kann und will Europa sowie der Rest der Welt eigentlich nicht verbessern. Würde Afrika eine First World werden, würde das gesamte Wirtschaftssystem der westlichen Welt zusammenbrechen, da es auf der Ausbeutung eben dieser Menschen beruht. Demnach sind Flüchtlinge aus Afrika ein Symptom des westlichen Wirtschaftssystems.

Die Welt ist im Wandel und eine endgültige Lösung zu finden scheint momentan unmöglich. Wir stehen gerade erst am Anfang einer gigantischen Krise, die besonders unsere Generation noch lange beschäftigen wird. Oberste Priorität hat jetzt die Zusammenarbeit aller, um das Problem möglichst schnell in den Griff zu bekommen.

Larissa Schnell

7. Medienbeobachtung/Monitoring

Diese Arbeitsgruppe beobachtet die Medienlandschaft. Wie wird berichtet, welche Schlagzeilen, Themen bestimmen die journalistische Berichterstattung in den elektronischen und Printmedien? Welche Rolle spielen die sozialen Netzwerke, wie wird in diesen Foren mit dem Thema umgegangen? Daneben gehört die Archivierung sowie die Aufbereitung von Presseartikeln für Recherchen in den Arbeitsgruppen zu unseren Aufgaben.

7.1 Flüchtlingskrise: Debatte in den sozialen Medien - Was sagt die Bevölkerung auf Facebook und Co. ?

Die andauernde Flüchtlingskrise dringt in viele soziale Bereiche unseres Alltags ein, so auch in die sozialen Medien. Heutzutage bietet das Internet die Möglichkeit seinen Gedanken und Äußerungen Gehör zu verschaffen und sich auf Plattformen wie z.B. Facebook, Twitter usw. auszutauschen bzw. zu diskutieren.

Vor allem auf politischen Seiten und Beiträgen von Nachrichtensendern wird fleißig kommentiert und „gepostet“. Es braucht keine besonderen analytischen Kenntnisse oder genauere Betrachtung um festzustellen, dass die Gesellschaft im Bezug auf dieses aktuelle Thema eher gespaltenen Meinung ist.

Allerdings hängt dies auch von den Beiträgen der verschiedenen Seiten ab, über die diskutiert wird. Logischerweise wird man unter einem Beitrag der „PEGIDA“-Seite mehr negative Kommentare über Flüchtlinge finden, als auf der Seite von „Refugees Welcome“. Auf neutraleren Seiten ist das Verhältnis recht ausgeglichen. Hier kommt jeder zu Wort und findet sofort Mitstreiter und Gegner, die einen vom eigenen Unrecht überzeugen wollen.

Die Popularität der eigenen Meinung wird bei Facebook durch sogenannte „Likes“ verdeutlicht und bestätigen sozusagen, ob man von anderen Nutzern Zuspruch bekommt oder nicht. Je mehr Likes ,desto größer der Zuspruch und die Anerkennung der Gesellschaft. Ein einfaches, aber wirksames Prinzip, denn die Kommentare mit den meisten „Gefällt-mir-Angaben“ werden auch am häufigsten kommentiert und debattiert, da diese einem sofort

auffallen. Besonders auffallend ist die Anzahl der Kommentare die mit folgenden Worten beginnen:

„Ich bin ja kein Rassist, aber...“

Nach diesem sich von jeglichem Nationalsozialismus distanzierenden Hauptsatz folgt meist ein sich gegen Flüchtlinge äußernder Nebensatz, der den inhaltlichen Gehalt des Hauptsatzes zugegebenermaßen überflüssig erscheinen lässt. Die Recherchen haben gezeigt, dass es unter fast allen Beiträgen, die sich auf die Flüchtlingskrise beziehen, mindestens ein oder mehrere exakt dieser, oder zumindest ähnlicher Kommentare, erscheint. Natürlich ist die Sinnlosigkeit dieser Kommentare auch noch anderen Nutzern aufgefallen.

Darunter auch prominenten Nutzern wie z.B. Joko Winterscheidt und Klaas Heufer-Umlauf, die Hauptdarsteller der Fernsehsendung „Circus Halligalli“. Sie haben sich mit einem Youtube Video zu solchen Kommentaren geäußert und dafür viele positive Kommentare und Likes erhalten. // Ebenso geäußert haben sich viele bekannte Schauspieler und Musiker, wie z.B. Til Schweiger oder Herbert Grönemeyer.// Die Anzahl der Likes übersteigt hierbei häufig die 10.000er Marke, was eine deutliche Sprache spricht.

Ebenso interessant sind die Kommentare die sich auf die Bundeskanzlerin oder auf die Regierung im Allgemeinen beziehen. Häufig wird der Regierung die Schuld für die Flüchtlingskrise gegeben. Beleidigungen gegen Frau Merkel sind daher keine Seltenheit:

„Diese Frau ist wirklich eine Plage!“

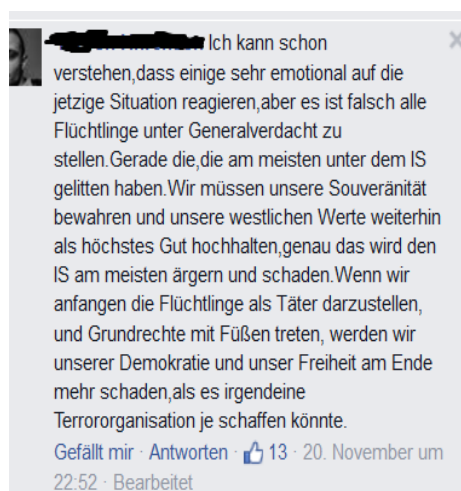
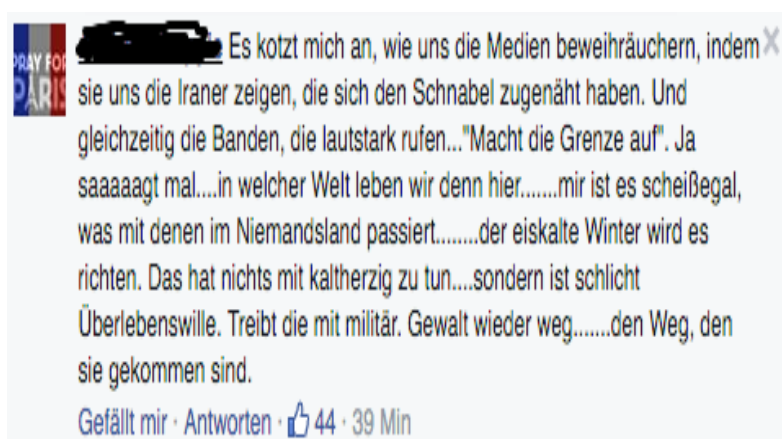
Es gibt eine Menge solcher Ausrufe, die ohne jede weitere Begründung gepostet werden. Daraus entstehen wiederum Diskussionen über die Intelligenz des Urhebers und den Wahrheitsgehalt seiner Kommentare.

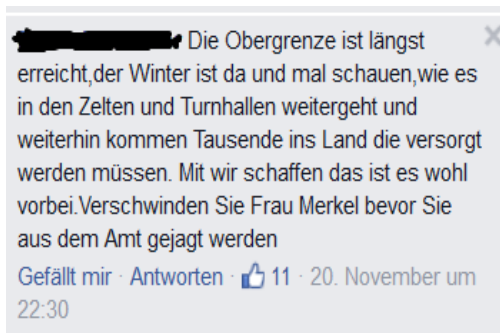
Es ist also zu sagen, dass auch die Anhänger der politischen Opposition immer wieder zum Vorschein kommen und auf „Pro-Merkel“-Nutzer treffen. Allerdings gibt es eine dritte Gruppe von Nutzern, die sich zur moralischen Frage bezüglich der Flüchtlingskrise äußern. Hierbei tritt die politische Stellung in den Hintergrund. Viele haben die Entscheidungen der Kanzlerin auch für

angemessen befunden, obwohl sie zuvor in jeder Hinsicht gegen Frau Merkel und ihre Politik waren. Also gibt es auch einige Menschen, die sich diese moralische Frage bereits gestellt haben.

Die Medien und sozialen Netzwerke bieten der Stimme der Gesellschaft Raum für Entfaltung. Es ist in Anbetracht der gegenwärtigen innenpolitischen Situation interessant zu beobachten, wie tatkräftig die Gesellschaft über die Flüchtlingskrise diskutiert und zu diesem Thema Stellung bezieht. Die Meinungsfreiheit eines jeden bleibt auch in den sozialen Netzwerken unantastbar, wodurch auch die Stimmen der Anhänger des Rechtsextremismus laut werden. Allerdings bleiben diese nach Aufmerksamkeit suchenden Ausrufe, die häufig mit eher zweifelhaften „Fakten“ untermalt werden, nur eine Minderheit. Sowohl in der realen als auch in der virtuellen Welt.

Zum Abschluss noch ein paar bemerkenswerte Kommentare die mich persönlich angesprochen oder auch verärgert haben:





7.2 Update zu den Anschlägen in Paris :

Die Nachrichten über die Terroranschläge in Paris haben sich auf den sozialen Netzwerken natürlich blitzartig verbreitet. Nach wenigen Minuten waren die sozialen Netzwerke voll von Informationen und Diskussionen. Viele Facebook-Nutzer haben ihre Anteilnahme und ihr Beileid ausgedrückt, indem sie ihr Profilbild geändert haben: Da wo vorher noch ein Selfie oder ein Bild vom Sonnenuntergang zu sehen war, sieht man nun die Nationalflagge Frankreichs. Ebenso häufig bekommt man auch folgenden Satz zu lesen: „Je suis Paris (dt.:“Ich bin Paris“).

Diese grausamen Ereignisse haben bei vielen Nutzern Trauer und Mitleid ausgelöst. Einige hofften dabei auch auf Vergeltung von der französischen Regierung. Dann gibt es auch wieder eine handvoll Pazifisten, die die Anschläge ebenfalls verurteilen, jedoch genauso wie einen Vergeltungsschlag. Des Weiteren ist eine wachsende Besorgnis zu beobachten. Viele befürchten, dass es auch in anderen europäischen Ländern zu Terroranschlägen kommen wird, was auch wahrscheinlich ist. Diese berechtigte Sorge wird häufig als Fundament für weitere Argumente gegen die Aufnahme von Flüchtlingen benutzt. Das Motto lautet:

„Je mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen, desto mehr Terroristen haben wir hier!“

Natürlich ist dies eine sehr übertriebene Formulierung, welche auch häufig zurückgewiesen wurde. Dennoch beschreibt diese Aussage die Denkweise einer nicht allzu geringen Anzahl von Nutzern.

Leider ist zu erwarten, dass diese Anzahl mit jedem weiteren Terroranschlag steigen wird und diese Nutzer sich nur bestätigt fühlen werden.

8. Vorläufiges Fazit zur Flüchtlingskrise

Mittlerweile sind einige Wochen vergangen. Zeit, einen erneuten Blick auf die Entwicklung in der Flüchtlingskrise zu werfen. Die Lösungsansätze der EU bleiben weiterhin mager. Eine Quotenregelung gibt es immer noch nicht.

Weiterhin weigern sich viele EU-Staaten überhaupt, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, so dass alle Flüchtlinge auch weiterhin auf nur wenige Länder verteilt werden. Die Hilfe vor Ort, also in den türkischen Flüchtlingscamps und in Syrien selbst läuft ebenfalls

schleppend. Während Russland, laut Beobachtungen nur im eigenen Interesse handelt und die gemäßigten Rebellen (Assad Gegner) bombardiert anstatt den IS, stattet unser Außenminister Herr Steinmeier Länder wie Saudi-Arabien oder dem Jemen Besuche ab. Gleichzeitig reiste Frau Merkel in die Türkei. Beobachter sprechen von: "Geldzahlungen an die Türkei damit sie die Flüchtlinge bloß bei sich in den Camps behalten".

Der neueste Plan der Bundesregierung sind Transitzone an der deutsch-österreichischen Grenze. Hier sollen Flüchtlinge schneller registriert werden und erst bei bestätigtem Asyl-Antrag aus dieser Transitzone nach Deutschland einreisen dürfen. Jedoch streitet sich die Regierung, ob Transitzone Grenzen zulässig sind und darüber, dass sie wie Gefängnisse wirken, in denen Flüchtlinge festgehalten werden. Auch Obergrenzen sind im Gespräch und werden diskutiert.

Gleichzeitig kommen täglich über 2.000 Flüchtlinge an der deutsch-

österreichischen Grenze an. Von Slowenien und Kroatien werden sie weitergeschoben nach Österreich und von dort aus mit Bussen bis kurz vor die deutsche Grenze gebracht.

Mittlerweile sind die Auffanglager, Notunterkünfte und Turnhallen in Deutschland voll. So schrieben 215 Bürgermeister aus NRW ein Ersuchen an die Bundesregierung, dass ihre Kapazitäten erschöpft seien, darunter auch Dormagen. Um neue Unterkünfte herzurichten oder sogar zu bauen, bräuchte man Zeit. Es kommen jedoch jeden Tag neue Flüchtlinge an und die Zeltstädte sind im Hinblick auf den nahenden Winter nicht länger tragbar. Es steht die Zahl von 1.000.000 Millionen Flüchtlinge im Raum, die bis Ende des Jahres in Deutschland ankommen werden.

Was macht das mit einer Gesellschaft, wenn plötzlich 1.000.000 Millionen Menschen aus fremden Kulturen unter uns leben? „Schaffen wir das“, wie Frau Merkel sagt, diese Aufgabe zu meistern, alle zu integrieren und gestärkt daraus hervorzugehen? Oder überfordert sich Deutschland mit einer Sisyphus-Aufgabe, die nicht zu meistern ist, wie die Anhänger der AfD oder PEGIDA behaupten?

Wie verändert sich eine Gesellschaft durch den Zuwachs von 1.000.000 Millionen neuer Menschen? Wird sie offener, toleranter oder wird sie verschlossener und separierter? Ist die Flüchtlingskrise Fluch oder Segen?

Schaut man sich heute in Deutschland um, wird besonders durch die Nachrichten deutlich: Deutschland schwankt gerade irgendwo zwischen Willkommenskultur und Fremdenfeindlichkeit.

Während die einen Flüchtlingsheime aufbauen, zünden andere sie an. Während die einen helfen, demonstrieren die anderen gegen noch mehr Flüchtlinge.

Ein schmaler Grad und ein hoch sensibles Thema, bei dem die Stimmung jederzeit kippen könnte. Wie viele Flüchtlinge verträgt ein Land in dem immer mehr rechte Stimmen laut und aktiv werden? Was passiert 2016, wenn vielleicht noch mal 1.000.000 Millionen Menschen zu uns wollen?

Entweder die Allgemeinheit, der Menschenverstand und die Willkommenskultur sind stärker und schaffen es, die rechten Stimmen einzudämmen oder aber die Gesellschaft teilt sich immer

mehr auf und schottet sich gegenüber Flüchtlingen ab. Sei es, dass Kinder auf Privatschulen, möglichst ohne Flüchtlinge unterrichtet werden oder das Familien aus Stadtteilen mit Flüchtlingsheimen wegziehen.

Auch ein großes Thema: die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wird er von den Flüchtlingen profitieren und endlich viele offene Fachstellen vergeben können oder scheitert es daran die Menschen richtig zu integrieren, in Schule und Sprache.

Egal was passiert, es kommen spannende Zeiten auf uns zu. Denn eine schnelle Lösung des Syrienkrieges und damit der Flüchtlingskrise ist nicht in Sicht. Wie sich die Gesellschaft wirklich entwickelt, kann erst in ein paar Jahren gesagt werden. Erst dann kann man sagen ob diese Flüchtlingskrise Fluch oder Segen ist!

Larissa Schnell

Anhänge

Einladung an den Bürgermeister der Stadt Dormagen, Herr Lierenfeld *(Entwurf)*

Sehr geehrter Herr Lierenfeld,

mein Name ist Annalena Gätzen. Ich besuche die Stufe 13 der Bertha-von-Suttner Gesamtschule. Als „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ haben wir eine offene Haltung zum aktuellen Flüchtlingsstrom nach Europa. In unserem Sozialwissenschaften-Zusatzkurs haben wir uns nun, auf Grund der aktuellen Flüchtlingssituation intensiv mit diesem Thema befasst. Gemeinsam mit unserem Lehrer Herrn Bunten haben wir beschlossen, ein Projekt speziell für die Stadt Dormagen zu entwickeln.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht ein Konzept, von der Unterbringung über die Kosten bis zur politischen Lage für die Stadt Dormagen auszuarbeiten.

Wir würden Sie als Bürgermeister der Stadt Dormagen sehr gerne zu uns in den Unterricht einladen, um Ihnen unser Konzept vorzustellen. Außerdem würden wir uns sehr freuen, wenn Sie sich zu dem weiteren Vorhaben der Stadt Dormagen, besonders im Hinblick auf die Zukunft, äußern würden und unsere Fragen beantworten.

Ein Terminvorschlag für einen Besuch von unserer Seite wäre Freitag der 30.10.2015 oder Freitag der 06.11.2015 von 10 Uhr bis 11:30 Uhr. Falls diese Termine für Sie nicht günstig sind wäre es nett, wenn Sie einen Vorschlag machen würden, wenn möglich ebenfalls ein Freitag, da an diesem Tag von 10 Uhr bis 11:30 Uhr unser sozialwissenschaftlicher Unterricht stattfindet.

Falls von Ihrer Seite noch Fragen aufkommen sollten, oder ein Anliegen besteht, bei dem ich Ihnen als Schülerin nicht weiterhelfen kann, ist unser Lehrer Herr Bunten unter der e-mail Adresse ludger.bunten@bvsdormagen.de zu erreichen.

Mein Kurs und ich würden uns sehr über eine baldige Rückmeldung freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Annalena Gatzen

Musterbrief an Unternehmen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, der Sozialwissenschaftszusatzkurs der Stufe 13 der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule Dormagen, beschäftigen uns derzeit mit der Flüchtlingsproblematik in unserer näheren Umgebung.

Dazu wird von uns ein Konzept unter Berücksichtigung politischer, wirtschaftlicher und soziologischer Aspekte entwickelt, welches wir der Stadt Dormagen übergeben möchten.

In unserer Kleingruppe behandeln wir das Thema „Kosten“ und entwerfen Ideen, wie man diese möglichst gering halten, aber den Menschen dennoch eine angemessene Lebensgrundlage bieten kann. Dazu gehört, dass sie nicht nur von Sachspenden finanziert werden, sondern weiterhin Barleistungen, dass sogenannte Taschengeld erhalten.

Diesbezüglich haben wir ein Anliegen an Ihr Unternehmen. Wir haben uns darüber informiert, dass bei Produktionen Restposten entstehen können, welche durch Produktionsfehler nicht in den Verkauf gelangen und zum Produzenten zurückgegeben oder

vernichtet werden müssen. Leider haben wir nicht genügend Informationen zu der derzeitigen Gesetzeslage bezüglich der Zoll- und Produktionsrechte einholen können.

Deshalb haben wir die Bitte an Sie, uns darüber aufzuklären, ob es nicht möglich wäre, diese Restposten zu einem geringen Betrag den Asylbewerbern zu Verfügung zu stellen. Durch den Verkauf der vergünstigten Waren können die Flüchtlinge aktiv an der Wirtschaft teilnehmen. Somit wären sie in der Lage, ein Stück weit über die Gestaltung ihres Alltages mitzubestimmen. Zudem sind wir der Auffassung, dass es mental einen Unterschied macht, ob man gebrauchte Kleidung oder Neuware trägt.

Daher würden wir uns freuen, wenn Sie sich über Ihre Möglichkeiten zur Unterstützung der Flüchtlinge innerhalb Ihres Betriebes austauschen und uns dieses Ergebnis mitteilen.

Wir verbleiben erwartungsvoll und hoffen auf eine baldige Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen

Maren Appelt, Tabea Heinritz, Ronja Oltersdorf, Katharina Quehl und Lena Schönell